

Margit Mayer*

Demokratische Mehrheiten in Washington und eine erneuerte US-Linke?

Die US-Linke unter Biden (Teil 1)

Zusammenfassung: Dieser Artikel versucht, sowohl die Chancen als auch die Herausforderungen für die US-Linke nach dem Wahlsieg der Demokratischen Partei im vergangenen November abzuschätzen. Er skizziert zunächst das Terrain, das durch die Hinterlassenschaften von vier Jahren Trump, die Schwäche der demokratischen Mehrheiten im Kongress und in vielen Bundesstaaten sowie die angespannten Beziehungen zwischen der etablierten zentristischen Führung der Partei und ihren progressiven und linken Elementen innerhalb und außerhalb der Parlamente strukturiert ist. Anschließend nimmt er die beiden sichtbarsten Strömungen des linken Aktivismus auf nationaler Ebene in den Blick: die Democratic Socialists of America und die Black-Lives-Matter-Bewegung. Ein dritter Teil (in einer der nächsten PROKLA-Ausgaben) untersucht einige der innenpolitischen Maßnahmen der neuen Regierung und ihre Potenziale für progressives Handeln unter der neuen Administration.

Schlagwörter: US-Linke, Biden-Harris-Administration, Democratic Socialists of America, Black Lives Matter

Democratic majorities in Washington and a renewed U.S. Left? The Left under Biden (part 1)

Abstract: This article sets out to assess both opportunities and challenges for the US Left after the wins of the Democratic Party last November. It first sketches the terrain structured as it is by the legacies of four years of Trump, the frailty of the Democratic majorities in Congress and in many of the states, and the tenuous relations between the centrist/corporate leadership of the Party and its progressive and leftist elements inside and outside of parliaments. It then focuses on the two most visible currents of left activism at the national level: the Democratic Socialists of America,

* Margit Mayer lehrte Politikwissenschaft am FB Politik- und Sozialwissenschaften und am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der FU Berlin und ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der PROKLA.

and the Black Lives Matter movement. A third part (in a next PROKLA issue) addresses some of the new policies of the new administration and the leverage and potentials they imply for progressive action.

Keywords: US Left, Biden-Harris administration, Democratic Socialists of America, Black Lives Matter

Nachdem der Präsidentschaftskandidat Sanders aus den demokratischen Vorwahlen ausgeschieden (bzw. hinausgedrängt worden) war, hielt sich die US-amerikanische Linke – in fast all ihren Schattierungen – mit Kritik an Joe Biden zurück: Es herrschte weitgehend Konsens, dass eine breitestmögliche Unterstützung für diesen Kandidaten notwendig war, um eine Wiederwahl Trumps zu verhindern. Vor allem aus letzterem Grund engagierten sich progressive und linke Organisationen und Bewegungen im Wahlkampf für das Biden-Harris-Ticket, inklusive großer Teile der vorher durch und in der Sanders-Kampagne Mobilisierten. Diese von der Führungsspitze der Demokratischen Partei nicht unbedingt geschätzten Kräfte – ob nun die Wahlkampfteams der Squad-Mitglieder Rashida Tlaib in Detroit und Ilhan Omar in Minneapolis oder die Fußtruppen von Stacey Abrams' *Fair Fight* in Georgia oder die zahllosen *grassroots*-, Gewerkschafts- und ethnische Gruppen mobilisierenden *Get out the vote*-Aktivist*innen – spielten sogar eine entscheidende Rolle für den (knappen¹) Sieg der Demokratischen Partei (Grim/Lacy 2020). Lediglich die »anti-electoralist Left« (Kunkel 2020), bestehend aus diversen linksradikalen, anarchistischen, sozialistischen und einigen Black-Lives-Matter-Gruppen, verweigerte dieser historisch breiten Wählermobilisierung ihre Unterstützung.

Dank dieser einmalig breiten Mobilisierung gelang es der Demokratischen Partei zwar, ins Weiße Haus einzuziehen, aber sie konnte keinen einzigen Sitz im Repräsentantenhaus zurückgewinnen, sondern verlor sogar acht Sitze, sodass sie dort nur noch eine schwache Mehrheit hat (Baird 2020). Im Senat ergab sich statt der für sicher gehaltenen Machtübernahme (erst nach den Stichwahlen in Georgia) ein Patt von 50:50, eine prekäre Mehrheit ist also nur durch die Stimme der Vizepräsidentin gegeben. In keinem der zwölf Bundesstaaten, die die Demokratische Partei wegen dünner republikanischer Mehrheiten in den legislativen Kammern als chancenreich ein-

1 Die Sicherung der Mehrheit des Electoral College verdankte sich einer hauchdünnen Mehrheit von 42.000 Stimmen in Arizona, Georgia und Wisconsin, vgl. Swasey/Hanzhang Jin 2020.

schätzte und entsprechend extensiv Ressourcen einsetzte, konnte sie diese Mehrheiten stürzen.

Sofort nach Vorliegen der Wahlergebnisse traten die bis November unterdrückten Spannungen und Konflikte zwischen progressivem Flügel und Partei-Establishment wieder an die Öffentlichkeit. Die Linke machte deutlich, dass sie – anders als nach Obamas Wahlsiegen – der neuen Regierung keinen Honeymoon gewähren, sondern prompt den Druck auf die neuen Amtsinhaber*innen intensivieren würde. Die zentristische Parteiführung² attackierte ihrerseits den progressiven Parteiflügel, in ihren Worten: »the hard left«, und die linken Kongressabgeordneten³, als verantwortlich für die Verluste im Kongress (Sirota 2020; Grim/Lacy 2020). Sie skandalisierten deren »radikale Rhetorik«, insbesondere Forderungen wie »Defund the Police!« und das Werben für Sozialismus, um damit allerdings auch so populäre Forderungen wie die nach genereller Krankenversicherung (»Medicare for All«) oder die wirtschaftspolitische Agenda von Sanders zu treffen.

Die neue Lage post-Trump bietet der US-amerikanischen Linken schon allein wegen der prekären Beziehungen zwischen Partei-Establishment und progressiven Demokraten kein einfaches Terrain. Selbst eine finanzmarkthörige, sozialismusfeindliche neoliberale Partei strahlt, nach vier Jahren republikanischer Vorherrschaft, eine gewisse Attraktivität aus. Je mehr sich die Republikanische Partei zur Partei Trumps entwickelt hat, sich also, laut Riley (2020), macho-nationalistisch, protektionistisch, neomerkantilistisch und tendenziell rassistisch definiert hat, umso attraktiver erschien die Demokratische Partei auch der Linken. Obendrein überrascht die neue Regierung bereits in ihren ersten Wochen im Amt: Statt der erwarteten Rückkehr zu einer aufgeklärt neoliberalen »Normalität«, verkörpert von dem seit 1972 in Washington als Senator und später als Obamas Vizepräsident fungierenden Politiker, scheint sich nicht nur eine ernsthafte Öffnung für bislang ausgegrenzte »multikulturelle« Gruppen und Themen abzuzeichnen, sondern auch eine Rückkehr zu starken staatlichen Interventionen im Interesse der 90 anstatt der obersten 10 Prozent. Die Verabschiedung des *American Rescue Plan*⁴ zur Bekämpfung der Pandemie sowie ihrer desaströsen ökonomischen und sozialen Folgen wird als Umkehr des seit Reagan herrschenden Credos

2 Allen voran der afroamerikanische House Majority Whip James Clyburn, South Carolina, und Abigail Spanberger, Abgeordnete von Virginia.

3 Die als »Squad« bekannten linken Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib und Ayanna Pressley sind alle wiedergewählt worden; die Präsenz dieser parlamentarischen Linken wurde dank der Erfolge von Cori Bush und Jamaal Bowman sogar gestärkt.

4 Allerdings gegen die geschlossenen Stimmen der Republikanischen Volksvertreter*innen.

»Der Staat ist nicht die Lösung unserer Probleme, sondern ist das Problem« gefeiert. In seiner ersten großen Fernsehrede an die Nation am 11. März sagte Biden, dass der Staat, der seit 1981 primär genutzt wurde, um Steuern zu kürzen (wovon die Reichen profitieren), nun genutzt werde, »um arbeitende Familien und Kinder zu unterstützen« (Biden 2021).⁵

Um diese Lage und ihr inhärente Chancen und Herausforderungen in den Blick zu nehmen, präsentiert dieser Beitrag zunächst die Restriktionen sowie die Gelegenheitsstrukturen, die den Kontext für die Handlungsmöglichkeiten der Demokratischen Partei sowie der Linken prägen. Im zweiten Schritt werden einige der relevanten Akteure und Narrative der Linken genauer untersucht. Schließlich wird in einem dritten Teil, der in einer der Folgeummern der PROKLA erscheint, die sich abzeichnende Politik unter Biden-Harris analysiert und auf ihre Potenziale abgetastet.

1. Kontext: Restriktionen und Gelegenheiten

Die politische Gelegenheitsstruktur für Demokraten und Linke wird nicht nur durch neue geopolitische Herausforderungen sowie multiple Krisen von massivem Ausmaß, vor allem die Pandemie-/Gesundheitskrise und die (durch letztere verschärfte) Wirtschaftskrise und eine zunehmend extreme gesellschaftliche Ungleichheit geprägt, sondern auch durch das Erbe sowie die andauernden Aktivitäten der Republikanischen Partei auf nationaler wie einzelstaatlicher Ebene. Gleichzeitig der geopolitischen Herausforderung Chinas sowie der Pandemie mittels nie dagewesener Defizitfinanzierung zu begegnen, wird selbst für die US-Regierung nicht machbar sein. Denn die US-Notenbank hat bereits während des ersten Covid-Jahres Milliarden US-Dollar in Bankensektor und Aktienmärkte versenkt, was die potenzielle Wirksamkeit der von der Biden-Regierung initiierten Stimuluspakete auf kurzfristige Effekte beschränken wird.

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit hat sich im Lauf der letzten 40 Jahre neoliberaler Politik enorm verschärft; wie eine RAND-Studie (Price/Edwards 2020) eindrücklich belegte, wurden in dieser Zeit 47 Billionen US-Dollar von den unteren 90 Prozent zu den oberen 10 Prozent umverteilt. Diese Billionen konzentrieren sich insbesondere im obersten 0,1 Prozent: Diese Superreichen haben im Verlauf dieser 40 Jahre ihren Anteil am Reichtum der US-amerikanischen Nation auf 20 Prozent gesteigert. Nach dem ersten Jahr der Pandemie sind nicht nur die Arbeitslosigkeits- und Armutsraten zu neuen Rekordhöhen angestiegen, sondern auch das Vermögen der 657 Mil-

5 Übersetzung der englischsprachigen Zitate durch die Autorin.

liardäre US-Amerikas – um mehr als 1,3 Billionen US-Dollar, also um knapp 45 Prozent (Collins 2021). Die CEOs Bezos (Amazon) und Musk (Tesla) besitzen jetzt (zusammen) 420 Milliarden US-Dollar – d.h. doppelt so viel wie die gesamte untere Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung.

Die massive Wirtschaftskrise und die dramatisch explodierte Verarmung der unteren Hälfte der US-amerikanischen Gesellschaft⁶ führen allerdings auch dazu, dass linke Forderungen (wie ein 15-US-Dollar-Mindestlohn, Kindergeld, Elterngeld, Gratis-Kitas, freies College, allgemeine Krankenversicherung), zu denen sich die Demokratische Partei (abgesehen von Sanders, dem Squad und Teilen des Congressional Progressive Caucus⁷) bislang nicht durchringen konnte, breite Popularität unter den Wähler*innen genießen. Das zeigte sich nicht nur in den beiden Präsidentschafts-Kampagnen von Sanders 2016 und 2020, sondern auch bei erfolgreichen einzelstaatlichen Abstimmungen im Rahmen der bundesweiten Wahl im November 2021 u.a. in Florida (Mindestlohn) sowie Oregon und Colorado (Universal Preschool). Während der Druck auf die Demokratische Partei für einen radikalen Politikwechsel in Richtung Umverteilung also massiv gewachsen ist, stellen die Machtbalance im Kongress⁸ und eine konservative 6:3-Mehrheit im Obersten Gericht eine ebenfalls massive Barriere für die Umsetzung einer solchen Politik dar.

Die Republikanische Partei selbst konstituiert eine bestimmende restriktive Struktur: Zwar verloren die Republikaner die Präsidentschaft und die Führung im Senat, aber sie gewannen 15 neue Sitze im Kongress. Sie gingen eigentlich gestärkt aus der Wahl hervor, insofern Trump gegenüber 2016 seine Performanz in fast jeder demografischen Gruppe (außer bei College-Absolvent*innen und weißen Männern) verbessert hat. Gerade die Wähler*innen der unteren Einkommenschichten waren fast 50:50 gespalten, vor allem diejenigen ohne College-Abschluss⁹ haben sich seit 2012 zunehmend von den Demokraten ab- und den Republikanern zugewandt.¹⁰

6 Das Beispiel Hunger verdeutlicht die Dramatik: Die Ernährungsunsicherheit in den USA (2019 bei 10,5 Prozent der Bevölkerung) hat sich seither mehr als verdoppelt. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung haben nicht immer Zugang zu Essen. 54 Millionen Amerikaner*innen, also etwa ein Sechstel, waren Ende letzten Jahres auf Unterstützung angewiesen (Bauer 2020 und Signer 2021).

7 Der CPC ist ein linksliberaler Zusammenschluss der Demokrat*innen im Repräsentantenhaus, dem etwas mehr als ein Drittel von ihnen angehört.

8 Die Patt-Situation im Senat gibt konservativen Demokratischen Senatoren (wie West Virginias Joe Manchin and Arizonas Kyrsten Sinema) außergewöhnlich große (Veto-)Macht.

9 Etwa 65 Prozent der Erwachsenen fehlt das kulturelle Kapital des College-Abschlusses.

10 Die Verluste der Demokraten in dieser Gruppe wurden stärker durch den Zuwachs von Stimmen in wohlhabenden Vororten – wie beispielsweise in der Region Atlanta – als durch (leicht gestiegene) Anteile der Stimmen von schwarzen Arbeitern wettgemacht (Karp 2021: 91).

Obendrein haben die Republikaner während der Ära Trump (mit tatkräftiger Unterstützung des Mehrheitsführers im Senat, Mitch McConnell) das »Spielfeld« strukturell und langfristig zu ihren Gunsten geprägt (Berman 2021; Grim 2021)¹¹. Das Gros der Gesetzgebung erfordert nach wie vor mindestens 60 Stimmen im Senat.¹² Und die Strategie der konservativen Besetzungen von Richterposten (Trump hat insgesamt 234 Bundesrichter*innen ernannt¹³ – deutlich mehr und deutlich konservativer als frühere Präsidenten) zahlt sich bereits aus, indem diese Richter*innen Bidens umwelt- und klimapolitische Initiativen blockieren. Auch vielfältige Maßnahmen zur Wahlunterdrückung (*voter suppression*), mit denen die Ausübung des Wahlrechts insbesondere von Gruppen und in Distrikten, die potenziell für die Demokratische Partei stimmen, eingeschränkt wird, beeinflussten das Wahlergebnis bereits in der letzten Wahl im Sinn der Republikaner. Seither wurden (Stand Mitte Februar) in 43 Einzelstaaten über 253 weitere, verschärfte Gesetzentwürfe eingebracht (Gardner u.a. 2021).¹⁴ Als erstes wurde in Georgia ein solches die Wahlbeteiligung unterminierendes Gesetz in beiden Häusern verabschiedet und von Gouverneur Kemp am 25. März 2021 unterzeichnet: Es erschwert die Stimmabgabe durch zeitliche und räumliche Einschränkungen der Wahlmöglichkeiten, unter anderem dadurch, dass Briefwahlen schwieriger gemacht und die Zahl der Wahllokale verringert werden; auch wird das Verteilen von Wasser an die in den langen Warteschlangen anstehenden Wähler*innen kriminalisiert (Gardner/Wang 2021).

Die Stärke der Republikanischen Partei (und der Rückhalt für sie) ist in vielen Regionen ungebrochen. Gouverneure, Staatsanwälte und Richter be- und verhindern hier Erlasse der Biden-Regierung, die ihren Interessen oder ideologischen Vorstellungen zuwiderlaufen. 21 Staaten verklagen die Biden-Administration bereits wegen ihres Vorgehens gegen die Pipeline Keystone XL, zwölf Staaten zogen vor Gericht mit dem Argument, es falle nicht in den Aufgabenbereich der Exekutive, die »sozialen Kosten« von Treibhausgasen zu regulieren, elf Staaten klagen gegen neue immig-

11 Das politische System der USA verleiht den Republikanern aufgrund seiner Repräsentationsmechanismen strukturelle Vorteile. Vgl. Davis und Ash in dieser Ausgabe.

12 Nur den Haushalt betreffende Gesetze sind ausgenommen, alle anderen Gesetzesvorhaben können von der jeweiligen Minorität mittels Filibuster (dieser Prozess erfordert, dass mindestens 60 Senatsmitglieder der Behandlung einer Gesetzesvorlage zustimmen) verhindert werden.

13 Das repräsentiert etwa ein Viertel der Bundesrichter*innen. Jede/r von ihnen kann Bundesgesetze blockieren (Mystal 2021).

14 Neben Maßnahmen zur Erschwerung der Wahlbeteiligung sind auch solche zur Kompetenzbescheidung von unparteiischen *Election Boards* sowie von Gouverneuren vorgesehen, um die Wahlausgänge künftig noch stärker kontrollieren zu können.

rationspolitische Verfügungen und 22 Staaten gegen die im *American Rescue Plan* explizit enthaltene Maßgabe, bundesstaatliche Mittel *nicht* für Steuerkürzungen zu verwenden, sondern ausschließlich für die vorgesehenen staatlichen Programme.¹⁵

Die Demokratische Partei ist also heute in vielerlei Hinsicht schwächer als vor 30 Jahren, vor allem indem sie über deutlich weniger Parlamentsmehrheiten in den Bundesstaaten verfügt. Aber, und darin liegt ein weiteres Hindernis für eine erfolgreiche Umsetzung progressiver und der Dramatik der Herausforderungen angemessener Politik, die *Parteiführung* ist »mächtiger denn je und übt einen größeren Einfluss auf Politiker*innen aus als jemals zuvor« (Karp 2020). Insbesondere lehnt(e) die dominante Gruppe innerhalb der Parteiführung Sanders und sein gesamtes Programm geschlossen und konsequent ab. Obwohl Sanders im Vorwahlkampf 2020 die ersten vier Wahlen mit etwa 35 Prozent der Stimmen gewann, erhielt er, wie schon 2016, nur die Unterstützung von 3,8 Prozent der Demokratischen Fraktion (neun von 232 Abgeordneten). Karp (2020) zeichnet nach, mit welcher perfekter Koordination sich die Partei hinter Biden konsolidierte, um Sanders aus dem Rennen zu werfen (vgl. Karp 2020). Auch der Congressional Black Caucus (ein Zusammenschluss Schwarzer Abgeordneter und Senator*innen, dem gegenwärtig nur Demokraten angehören) ist feindselig gegenüber linken Herausforder*innen, selbst wenn diese, wie Jamaal Bowman oder McKayla Wilkes, selbst Schwarze sind, die gegen weiße Zentristen wie Eliot Lance Engel oder den Fraktionsvorsitzenden der Demokraten, Steny Hoyer, antraten.

Diese Eliten der Demokratischen Partei basieren ihre (Wahl-)Strategie auf die Expansion urbaner/metropolitaner Regionen und die hier konzentrierten gebildeten, umweltbewussten, multikulturellen, professionellen und blau (also demokratisch) wählenden Mittelschichten – auf Kosten der in Kleinstädten und ländlichen Gebieten lebenden, durchaus auch diversen Gruppen, die den Abbau fordistischer Industriestrukturen und den entsprechenden ökonomischen und sozialen Verfall¹⁶ oder die Ansiedlung von umweltschädlichen Hühner- und Schweinefarmen sowie entsprechenden fleischverarbeitenden Industrien, von logistischen Umschlagplätzen, Amazon-Lagerhallen, Gefängnissen, toxischen Chemiefabriken oder anderen Niedriglöhne zahlen-

15 »Missouri AG leads multi-state lawsuit against President Biden's authority« (16.3.2021), <https://www.ozarksfirst.com/>.

16 Bill Clintons Wirtschafts»modernisierung« versprach, dass der Verlust von Industriejobs kompensiert werden würde durch Silicon Valleys Hightech und die Kreditkarten der Finanzindustrie. Statt des versprochenen Wohlstands kam es zum rapiden Verfall des mittleren Westens. Die NAFTA-Verträge beschleunigten den Niedergang der vormaligen Industriestädte, die zuvor eine verlässliche Basis der Demokratischen Partei dargestellt hatten.

den Unternehmen erleben mussten (vgl. Neel 2018). Diesen Gruppen hatten die konservativen Demokraten im Wahlkampf nichts zu bieten. Stattdessen konnte sich vielerorts eine soziale Basis für rechtsextreme Politik bilden. Sie verdankt sich über weite Strecken dem Ressentiment gegen Eliten, die die US-amerikanische Stahlindustrie in einen Rustbelt verwandelt haben (Jäger/Borriello 2021: 71). Bislang vertiefte die Demokratische Partei die Ökonomie des »metro-rural split«, von der die Metropolregionen profitierten, während ländliche Regionen – ihre *working classes*, *Farmer* wie Kleingewerbe – abgehängt wurden.

Im Wahlkampf demonstrierte die Führung der Demokratischen Partei, dass sie unfähig oder desinteressiert ist, mit den Menschen auf dem flachen Land, in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden zu kommunizieren (Mayer 2020). Vor-Ort-Aktivist*innen beklagten, dass die von beauftragten Beraterfirmen ausgearbeiteten Kampagnen primär urbane und suburbane Mittelschichten vor Augen hatten – in den verarmten Gebieten in Süd-Texas oder im ländlichen Pennsylvania kamen sie jedenfalls nicht an –, obwohl Sanders dort in den Vorwahlen hohe Gewinne eingefahren hatte (Grim 2020).

Die Kritik des örtlichen Vorsitzenden der Dunn County Democratic Party in West Central Wisconsin, Bill Hogseth, dass die National Democratic Party den ländlichen Wähler*innen keinerlei an ihre Erfahrungen anknüpfende Perspektive bot, scheint die materiale Basis des »metro-rural-split« zu bestätigen. In seiner Analyse *Why Democrats keep losing rural counties like mine* schreibt Hogseth (2020): »Die Leute auf dem Land haben das Gefühl, dass unsere Lebensweise ausverkauft wird. Wir sehen, wie der Reichtum, der mit unserem Schweiß und auf unserem Boden geschaffen wurde, fortgeschickt wird, um Manager, Investoren und Aktionäre zu bereichern.« Er beschreibt die in seiner Region vorherrschende Wahrnehmung, dass es die Städte sind, »wo Entscheidungen getroffen werden, wo Kultur stattfindet und wo die Ressourcen hinfließen.« Allerdings ignoriert(e) die Demokratische Parteiführung nicht nur die Interessen der abgehängten Bewohner*innen ländlicher Gebiete, sondern genauso die der verarmten, häufig rassifizierten arbeitenden Klassen der urbanen Regionen.

Sie fokussiert stattdessen auf die gebildeten metropolitanen Mittelschichten. Solche Mehrheiten mit einem BA-Abschluss existieren jedoch nur in 26 von 435 Wahldistrikten. In 288 Wahldistrikten machen Wähler*innen ohne College-Abschluss mindestens zwei Drittel der potenziellen Wählerschaft aus. Für eine Koalition, die von gebildeten metropolitanen Schichten abhängig ist, stellt dies eine harte Obergrenze dar. Wenn selbst die enorme Wähler*innenmobilisierung von 2020 mit 81 Millionen Stimmen für Biden im Wahlsystem der USA nur hauchdünne Mehrheiten produzierte, werden

umwälzende Reformen wie *Medicare for All* schwer durchsetzbar.¹⁷ Matt Karp zeigte an einer Reihe von *ballot initiatives*, dass Distrikte, in denen mehrheitlich arme Arbeiterschichten leben, solche Vorhaben wirtschaftlicher Umverteilungen befürworteten, in reichen suburbanen Distrikten dagegen wurden sie abgelehnt (Karp 2021: 101f.).

Es deutet also einiges darauf hin, dass eine weitaus relevantere Gesellschaftsspaltung als die zwischen Metropolen und ländlichen Regionen die obszön wachsende Spaltung zwischen Reichtum und Armut ist, die sich sowohl innerhalb metropolitaneer als auch innerhalb ländlicher Regionen manifestiert (Mayer 2021b).

Das Ausmaß und die Folgen dieser Spaltung bewirken inzwischen einen Umkehrtrend in der herrschenden Meinung unter Ökonom*innen und dahinter stehenden Kapitalinteressen, der möglicherweise für die Öffnung einer spezifischen politischen Opportunitätsstruktur sorgt. Nach Jahren hoher Staatsverschuldung und lockerer Geldpolitik scheint der Fiskalkonservatismus (»schwarze Null«) aufgegeben und einem Paradigmenwechsel hin zum redistributiven Staat zu weichen (Irwin 2021; Mason 2021). Angesichts von Coronakrise, wirtschaftlicher Stagnation und erodierender Produktivität (Cass 2021) erscheinen heute massive öffentliche Ausgaben für ökonomische wie soziale Infrastrukturen einerseits unumgänglich und andererseits auch machbar, *ohne* damit die Macht der Großkonzerne einzuhegen. Transferprogramme (noch dazu zeitlich befristete), wie die mit dem *American Rescue Plan* (ARPA) verabschiedeten, die die Kaufkraft der verarmten Klassen stärken, sind schließlich nicht unbedingt gleichbedeutend mit der Stärkung der *Kampfkraft* der Arbeiterklasse. Aber immerhin ermöglichen solche Transferprogramme, indem sie mit der Logik der bislang herrschenden Sozialpolitik brechen¹⁸, der Linken, sich mit materiellen Interessen der Arbeiterklasse zu verbinden. Da auch bei der republikanischen Basis die Zustimmung zu Bidens *Rescue Plan* höchst klassenstratifiziert ist¹⁹, bietet er sogar eine gute Gelegenheit, Trump-Wähler*innen abzuwerben. Aber es kommt natürlich wie immer darauf an, mit welchem Ziel solche Gelegenheiten genutzt werden. Denn auch Josh Hawley, Republikanischer Senator von Missouri und nach

17 Dies gilt sicherlich schon allein deshalb, weil die meisten der frisch in den Kongress gewählten Volksvertreter*innen reiche Suburbs vertreten und sich kaum für redistributive Gesetze einsetzen werden.

18 Seit Clintons Welfare Reform waren Transferzahlungen an Arbeitszwang gekoppelt; im *American Rescue Plan Act* enthaltene Programme wie der *Child tax credit* verteilen bedingungslose Transferzahlungen an alle unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze, die für Alleinerziehende bei 200.000 \$, für Paare bei 400.000 \$ liegt.

19 Den oberen Klassen angehörende Republikaner lehnen den ARPA heftig ab, Angehörige der Arbeiterklasse dagegen befürworten ihn stark.

wie vor glühender Trump-Verteidiger, forderte, das nächste Stimulus-Paket solle direkte Transferzahlungen an Familien enthalten.

2. Linke Bewegungen, Organisationen und Narrative

Bernie Sanders beendete seine zweite Präsidentschaftskampagne am 8. April 2020. Anders als sonst in der US-amerikanischen Geschichte, wo es starke Bewegungen waren, die einen Präsidenten beeinflussen²⁰, nutzte er seine Bewerbung um das Präsidentenamt, um für »universal public programs« zu werben, dafür, Reichtum umzuverteilen und das Gesundheitssystem vom Profitstreben zu befreien. Auch führte er seinen Wahlkampf weniger auf die typische professionelle Art, sondern eher wie »old-school political organizing« (Klein 2020). Damit mobilisierte er Millionen von Anhänger*innen, von denen viele nach seinem Ausscheiden aus dem Rennen nach anderen Wegen suchten, sich für die Realisierung seiner Forderungen einzusetzen (vgl. Karp 2020).

Als die Protestwelle im Gefolge der Ermordung von George Floyd (25.5.2020) ausbrach, wurde die Bewegung Black Lives Matter (BLM) zu einem Auffangbecken für viele dieser Sanders-Unterstützer. Der Hashtag *#BlackLivesMatter* war bereits sieben Jahre früher gegründet worden und hatte 2014 erstmalig landesweite Aufmerksamkeit erzielt, als nach den Polizeimorden an Eric Garner in New York und an Michael Brown in Ferguson, Missouri landesweite Proteste unter diesem Motto gegen unablässige rassistische Drangsalierung, *Racial Profiling* und brutale, häufig tödliche Behandlung im Polizeigewahrsam ausbrachen. In den Medien und auch in linken Kreisen wurde die folgende Vernetzung lokaler BLM-Gruppen sowie die von ca. 50 Organisationen 2016 gemeinsam veröffentlichte »Vision for Black Lives« breit rezipiert und dafür gefeiert, dass diese Vision nicht nur einen Plan zur Beendigung von strukturellem Rassismus, sondern auch zur ökologischen und sozialen Transformation der Gesellschaft beinhaltete.²¹

Im Pandemie- und Wahlkampfsjahr 2020 geriet der Slogan »Black Lives Matter« ins Zentrum der größten Protestbewegung in der US-amerikanischen Geschichte. Der Mord an George Floyd hat nicht nur den Protest gegen Polizeigewalt neu entfacht, sondern eine Bewegung nie dagewesener Ausbreitung und Resonanz ausgelöst, die sich von anfänglichen lokalen Aufständen zu einer US-weiten, multi-ethnischen, über Monate anhaltenden Massen-

20 Bewegungen der Arbeitslosen in der Großen Depression für Roosevelts New Deal, Schwarze Bewegungen in den 1960er Jahren für die Bürgerrechtsgesetze, *Poor people's movements* für die *Great Society*-Programme.

21 »Vision For Black Lives«, <https://m4bl.org/policy-platforms/>. Siehe auch Kelley 2016.

bewegung entwickelte (Mayer 2021a). Linke und progressive Gruppen aller Provenienz – außerparlamentarische wie elektoral orientierte, antikapitalistisch wie reformistisch ausgerichtete – engagierten und verbanden sich mit dieser Bewegung, um sie zu unterstützen und/oder sie zu nutzen, um die eigene Basis zu erweitern. Die Pandemie hatte bislang verdeckte Zusammenhänge zwischen rassistischer Diskriminierung, Armut, Strafjustiz und Gesundheitsrisiken dramatisch sichtbar gemacht, und nun skandalisierte die Bewegung, wie ungebrochen wirkmächtig nach wie vor rassistische Benachteiligung und Misshandlung in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen ist. Die Breite und Vehemenz dieser Mobilisierung sorgte für vielerlei Absichtserklärungen und Initiativen in Politik, Stiftungswesen und Wirtschaft, insbesondere auch bei den PR-Abteilungen großer Konzerne. Dagegen stellte die Bewegung eine zuvor eher in randständigen linken Kreisen thematisierte Forderung, nämlich die Finanzmittel für Polizeikräfte zu kürzen (*Defund the police!*). Die Mittel seien besser in der kommunalen Daseinsvorsorge, in sozialen Dienstleistungen, bezahlbaren Wohnungen und einem öffentlichen Gesundheitssystem angelegt. Denn hier haben die Kommunen im Lauf der letzten Jahre massiv gekürzt, während sie die bereits seit den 1970er Jahren expandierenden Polizeibudgets erhöhten, sodass in vielen Städten die Ausgaben für Polizei mit mehr als 30 Prozent des Gesamthaushalts den größten Posten ausmachen (ebd.).

Während dieser Sommermonate 2020 konnte man beobachten, dass in der US-Linken offenbar zwei unterschiedliche politische Strategien verfolgt werden: zum einen die Parteistrategie, die – wie die Democratic Socialists of America (DSA) – auf den »Marsch durch die Institutionen« setzt, indem sie versucht, Kandidat*innen wie Sanders in politische Ämter zu wählen und den linken Flügel der Demokratischen Partei zu stärken; zum andern die Strategie der Straße, die – wie in Minneapolis, Portland oder Kenosha geschehen – auf breite multi-ethnische, häufig von Schwarzen angeführte Aufstände setzt und wo Freiräume erkämpft und herrschaftsfreie, präfigurative Lebensweisen erprobt werden.

Je nach Ausprägung der lokalen Bewegungsmilieus formierten sich aus diesen Aufständen ganz unterschiedliche Praxen, die in Bezug auf den Staat auch unterschiedliche Strategien entwickelten. Während für viele Gruppen die neue Biden-Harris-Regierung genauso starken Widerstand verdient wie die Trump-Regierung (Baker/Eligon 2021), suchten viele des amorphen »Movement for Black Lives« zugehörigen Organisationen (wie #BlackLivesMatter, the Dream Defenders, the Black Youth Project 100, Assata's Daughters Freedom, Inc. und Dutzende anderer Jugend-Organisationen, Schwarze Studierenden-Vereinigungen und Stadtteilorganisationen, vgl. Johnson 2017)

durchaus auch die Nähe zur Demokratischen Partei. Im Folgenden stelle ich die beiden sichtbarsten (auch) auf nationaler Ebene agierenden Organisationen, die mit dem Einzug von Biden-Harris ins Weiße Haus neue Chancen sehen, genauer dar.

Die demokratisch-sozialistische Linke

Die demokratisch-sozialistische Linke, verkörpert insbesondere von DSA (aber auch diversen anderen ähnlichen Organisationen wie der *Working Families Party* oder den *Justice Democrats*, vgl. Arbetter 2020; Cochrane 2019), hat diese Chancen mit Nachdruck und großer medialer Sichtbarkeit ergriffen (vgl. Judis 2020, Day/Uetricht 2020).

Die aus der Neuen Linken hervorgegangene Organisation Democratic Socialists of America (DSA) hat seit der ersten Sanders-Kampagne und Alexandria Ocasio-Cortez' Sieg starken Zulauf erfahren: Lag ihre Mitgliederzahl zwischen 2011 und 2015 noch bei 6.000, so stieg sie im November 2016 auf 10.000 und erreichte im Juni 2018 mit den Erfolgen der DSA-Mitglieder Ocasio-Cortez und Rashida Tlaib bei den Vorwahlen die Marke von 40.000. Heute zählt die Organisation ca. 90.000 Mitglieder, die in 181 relativ autonomen Ortsgruppen organisiert sind.

Während die Organisation zahlenmäßig wuchs und dank Sanders' Präsidentschaftskampagnen²² auch an nationaler Präsenz und Schlagkraft gewann, erweiterte und verstärkte sie ihre Aktivitäten in unterschiedlichen Feldern, mit diversen Strategien und vor allem mit dem Ziel der massenhaften politischen Organisierung. Neben Kampagnen um leistbaren Wohnraum, gegen Zwangsräumungen und gegen Polizeigewalt engagierten sich DSA-Gruppen in Kämpfen für den Green New Deal, für öffentliche Energieversorgungsunternehmen auf lokaler wie einzelstaatlicher Ebene, und organisierten betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe, sehr erfolgreich auch (zunächst wilde) Streiks unter Lehrgewerkschaften in den konservativen Südstaaten West Virginia, Oklahoma und Arizona (Blanc 2019).

Die »Theoretiker« der Partei-Strategie argumentieren, dass es heutzutage, aufgrund der Erosion von Massenorganisationen und Gewerkschaften,

22 Im Jahr 2016 bot Sanders noch eine ambitionierte, auf Bedürfnisse der Arbeiterklasse gerichtete wirtschaftspolitische Agenda, ohne auf die »kulturelle Ästhetik« der liberalen Medien oder jüngerer, universitätsaffiner Gruppen Rücksicht zu nehmen. Insofern war er eine Ausnahmeerscheinung; seine Nachahmer*innen, wie bspw. *the Squad*, haben seine wirtschaftspolitische Agenda und populäre Forderungen wie *Medicare for All* mit den in der Bewegungslinken verbreiteten identitätspolitischen Forderungen oder *Defund the Police!* verknüpft, die in ihren städtischen Distrikten, aber nicht in allen Arbeiterklasse-milieus gut ankommen.

außer Wahlkampagnen kaum Möglichkeiten gebe, ein Massenpublikum regelmäßig anzusprechen und zu politisieren. Wahlkämpfen und den hier geführten Auseinandersetzungen um staatliche Maßnahmen kämen also eine zentrale Rolle für die Rekonstitution der Arbeiterklasse als politisches Subjekt zu (Maisano 2021). Die katalysierenden Effekte der Sanders-Kampagnen bestärkten DSA darin, die Vorwahlen der großen Parteien zu nutzen, um ihre eigenen Kandidat*innen ins Rennen zu schicken.

Auf nationaler Ebene unterstützte DSA im Wahlkampf lediglich Sanders; nach dessen Ausscheiden konzentrierte sie sich auf die Unterstützung sozialistischer Kandidat*innen und progressiver *ballot initiatives* auf lokaler und regionaler Ebene, enthielt sich aber jeder Wahlwerbung für Biden.²³

Da die traditionellen Parteistrukturen in vielen einzelstaatlichen und lokalen Distrikten (im Gegensatz zum Democratic National Committee) arg sklerotisch sind, gehen die DSAler*innen davon aus, dass sich diese Strukturen und jeweiligen Amtsinhaber kaum gegen rebellische Kandidat*innen, die auf dem Demokratischen Ticket gewinnen, verteidigen können.²⁴

Im vergangenen November kandidierten insgesamt 48 DSA-Mitglieder, 36 von ihnen waren erfolgreich.²⁵ Neben den sechs dem *Squad* zugehörigen Kongressabgeordneten sind zurzeit mehr als 100 gewählte Vertreter*innen auf einzelstaatlicher oder lokaler Ebene DSA-Mitglieder, darunter sechs Angehörige des Chicagoer Stadtrats. Einen besonders spektakulären Erfolg erzielte DSA – zusammen mit *Fair Fight* und anderen lokalen Organisationen – in Georgia mit *grassroots*-Mobilisierungen für die Stichwahl für zwei Senatsposten Anfang Januar 2021, womit erstmalig ein Schwarzer Senator aus einem Südstaat nach Washington entsandt und die knappe Mehrheit im Senat überhaupt erzielt wurde.

Diese politische Strategie eines linken Reformismus steht dennoch, auch aus Sicht ihrer Verfechter, einem strategischen Dilemma gegenüber. Dieser Teil der Linken rekrutiert sich primär aus den »professional and sub-pro-

23 Auf lokaler Ebene dagegen organisierten viele DSA-nahe Gruppen Kampagnen für Bidens Wahl, v.a. in »Swing States« wie Michigan, wo bspw. die Organisation der Kongress-Abgeordneten und *Squad*-Mitglied Rashida Tlaib mithilfe zahlloser Aktivist*innen eine starke und erfolgreiche Kampagne für Biden trug (Charles u.a. 2021).

24 Unterlegene Establishment-Demokraten, die ihre politischen Ämter in Wahlen an progressive Kandidat*innen verlieren, haben in der Tat keine andere Möglichkeit, als sich bei der nächsten Wahl wieder aufstellen zu lassen. Aber wenn, wie jüngst in Nevada, die gesamte Führungsriege der Partei durch eine progressive, v.a. aus DSAler*innen bestehende Liste abgewählt wird, reagierte die Führung, indem sie das Bankkonto der Partei leerte und eine Schattenpartei gründete (Lacy/Grim 2021; Jake Johnson 2021).

25 »Chapter and Verse | DSA specialty: Toppling incumbents« (Winter 2020), <https://democraticleft.dsausa.org/>.

fessional settings« der städtisch bzw. metropolitan geprägten Distrikte, in denen auch die (geschrumpften) gewerkschaftlich organisierten Teile der Arbeiterklasse sowie das Gros der sozialen Bewegungen konzentriert sind. Er reproduziert in gewisser Weise das gleiche Problem, das die Demokratische Partei hat, deren Wähler*innenbasis zu eng ist: geografisch zu sehr auf die Metropolen eingeschränkt, zu gebildet und zu reich (Karp 2021; Guastella 2021: 120).

Die Distanz zwischen dieser Welt (die zu linken Positionen in Wirtschaftsfragen tendiert und sich auch stark für »identitätspolitische« Themen engagiert) und den ex-urbanen, ländlichen oder kleinstädtischen Regionen (deren Bewohner*innen durchaus progressive Positionen in Wirtschaftsfragen vertreten, aber häufig konservative in soziokulturellen Fragen) sei für die sozialistische Linke bislang schwer zu überwinden. Obendrein benachteiligt die strukturelle Selektivität des US-amerikanischen politischen Systems just jene Gebiete (Großstädte und stadtnahe Vororte), in denen die Linke stark ist und eigene Kandidat*innen aufstellt. Wenn es nicht gelinge, auch in exurbanen Gebieten eine Basis zu entwickeln und aus den Dichotomien städtisch-ländlich, gebildet-nicht gebildet, weiß-POC (*people of colour*) auszubrechen, »werden wir Minderheiten in Parlamenten bleiben« (Maisano 2021). Strategen dieser sozialistischen Linken schlussfolgern daraus, dass der Aufbau neuer sozial-räumlicher Allianzen vordringlich sei. Dort wo die Linke bereits präsent ist (bspw. im Gesundheitssektor oder bei Lehrer*innen), aber auch in der für die wirtschaftliche Entwicklung so wichtigen Logistikbranche, sollte betriebliche Organisation geleistet werden. Gerade in den logistischen Umschlagplätzen, die v.a. in kleinstädtischen und ländlichen Gegenden angesiedelt werden, wo die Linke schwach ist, werde sich demnächst zeigen, wie stark die US-amerikanische Arbeiterklasse ist. Maisano sieht diese Arbeit als Teil der ohnehin anstehenden Konfrontation mit der Macht von *Big Tech*: Schließlich dominieren die großen Technologiefirmen nicht nur die Aktienmärkte, sondern definieren zunehmend unser Leben und sind zentrale Player in der globalen politischen Ökonomie. Der Kampf gegen *Big Tech* erlaube obendrein, die für die Linke so notwendigen politischen Allianzen herzustellen.

An der Rolle und den Praxen der Internetgiganten entzündeten sich bereits seit Jahren zahlreiche Arbeitskämpfe (Streitfeld 2021). Im März/April 2021 sorgte der Kampf um die gewerkschaftliche Organisation der knapp 6.000 Lagerarbeiter*innen bei Amazon in Bessemer, Alabama, für landesweite Resonanz und Unterstützung. Die (mehrheitlich weiblichen, zu 85 Prozent afroamerikanischen) Arbeiter*innen stimmten darüber ab, ob sie sich von der Retail, Wholesale and Department Store Union (RWDSU) vertreten lassen wollen. Bei diesem ersten Versuch, ein Amazon Warehouse gewerkschaftlich

zu organisieren, gewann Amazon.²⁶ Dennoch hat die Kampagne schon ähnliche Organisationsversuche an anderen Lagerzentren beflügelt (Kelley 2021).

Darüber hinaus bieten die Technologie-Giganten Anlass, eine Reihe weiterer Konflikte zu politisieren und so der Linken Gelegenheit zu geben, sowohl ihre Basis zu erweitern als auch progressive gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben: sei es durch Unterstützung der Kleinunternehmen, denen Amazons *Marketplace* und Apples *App Store* enorme Gebühren abverlangen, oder sei es durch die Verteidigung von Redefreiheit, deren Einschränkung (durch Facebook, Twitter etc.) bislang eher von Rechten skandalisiert wird. An all diesen Konflikten kann die langfristige Perspektive, diese Sorte Unternehmen in öffentlichen Besitz und unter öffentliche Kontrolle zu stellen, erklärt und verdeutlicht werden.

Ob der Versuch der Demokratischen Sozialisten Amerikas, Klassenpolitik mit Identitätspolitik zu verbinden, unter Biden-Harris wirkmächtiger werden kann, hängt auch von der unter der neuen Regierung eingeschlagenen Politik ab, die im dritten Abschnitt behandelt wird.

Black Lives Matter

Nach der Ermordung George Floyds verbreiteten sich die massenhaften Proteste wie ein Lauffeuer im ganzen Land und stellten eine der größten sozialen Bewegungen in der Geschichte der USA dar (Buchanan u.a. 2020; Mayer 2021a). Sie waren nicht auf BLM reduzierbar, denn auch Nicht-Schwarze beteiligten sich aktiv an dieser enormen Mobilisierung, die ausgelöst wurde durch die brutale Unmenschlichkeit des Polizeibeamten Chauvin, aber breit politisierend wirkte in einem spezifischen historischen Kontext. Die Pandemie bedeutete in den USA, dass Millionen ihre Jobs verloren, häufig damit verbunden auch die Krankenversicherung, dass (trotz Moratorien) für Millionen Zwangsräumungen drohten, dass Suppenküchen komplett überlastet waren und bei all dem sich kaum neue, akzeptable Beschäftigungsperspektiven abzeichneten (Han u.a. 2020). Diese Gemengelage sorgte für tiefe Verunsicherung in plötzlich noch prekärer gewordenen unteren Schichten – aller Hautfarben. Das zeigte sich auch darin, dass nicht nur die Teilnehmenden an den Demonstrationen multiethnisch waren, sondern auch die an den in vielen Städten ausgebrochenen Aufständen. Im Gegensatz zu den innerstädtischen Riots der 1960er Jahre, den Rodney King Riots 1992 in Los Angeles²⁷

26 Zu den z.T. vermeidbaren Fehlern in dieser Kampagne siehe McAlevy 2021.

27 Sie brachen nach dem Freispruch für die der exzessiven Gewaltanwendung angeklagten Polizisten aus: Erstmals hatten Videoaufnahmen das Geschehen für eine weltweite Öffentlichkeit sichtbar gemacht.

und sogar den Unruhen in Reaktion auf rassistische Polizeigewalt vor wenigen Jahren in Ferguson und Baltimore, hatten die an den 2020er Riots Beteiligten diverse ethnische »Hintergründe« oder nationale Vorfahren, rekrutierten sich aus verschiedenen Altersgruppen und attackierten nicht die eigenen Viertel, sondern zentrale Shopping-Distrikte wie Manhattans Times Square, Santa Monicas Third Street Promenade oder Chicagos State Street und die *Magnificent Mile* (Johnson 2020a).

Diese neuartige anti-rassistische Bewegung gegen Polizeigewalt steht zwar in einer langen Tradition, aber ihre Spezifik erklärt sich aus dem Zusammenkommen so unterschiedlicher Bedingungen und Umstände wie: die Allgegenwart sozialer Medien, die Millionen Nutzer*innen weltweit verbinden und die sofortige Zirkulation von Informationen und Videos ermöglichen; die umfassende Überwachung des gesellschaftlichen Raums durch private wie öffentliche Videoeinspeisungen und Smartphones; auch den durch die 2008er Hypothekenkrise und Rezession weitergetriebenen Verfall der Innenstädte und schließlich die Debatten um Post-Rassismus, die durch Obamas Präsidentschaft ausgelöst worden waren. Entsprechend amorph und vielschichtig, aber eben auch allgegenwärtig, manifestierte sich diese Bewegung und bot so – neben Bürgerrechtsorganisationen, Partei(vorfeld)organisationen der Demokraten, Kirchengemeinden, und Stiftungen – auch der gegen »racial capitalism« antretenden Linken ein vielversprechendes Feld, um sowohl gegen Rassismus und staatliche Polizeigewalt als auch gegen neoliberale Austerität und kapitalistische Ausbeutung zu mobilisieren und ihre Forderungen in breitere Kreise zu tragen (Kelley 2020). In diesem Feld hat die Linke keinen einfachen Stand, wie ich anhand der Entwicklung von #BlackLivesMatter seit 2013 aufzeigen möchte.

Nach dem Freispruch des Weißen George Zimmerman 2013, der im Jahr zuvor den 17-jährigen Schwarzen Teenager Trayvon Martin erschossen hatte, richteten drei afroamerikanische Frauen²⁸ Tumblr- und Twitter-Accounts ein, um ihre Wut und Trauer über die Gefährdung Schwarzen Lebens mit anderen zu teilen. Indem sie andere ermutigten, eigene Geschichten darüber, »why #blacklivesmatter«, auszutauschen, starteten sie eine Kampagne, die sich mit größerer Rasanz ausbreitete, als sie erwartet hätten (Day 2015). Weitere Fälle von rassistischer Polizeigewalt, insbesondere die Ermordung von Michael Brown in Ferguson, Missouri und die von Eric Garner in New York in 2014, sorgten für erneute Proteste und Unruhen, denen der Hashtag zunehmend Kohärenz verlieh. Es gründeten sich mehr und mehr lokale Gruppen, bzw. die Erfinderinnen des Hashtags luden bereits existierende lokale

28 Patrice Cullors, Alicia Garza und Opal Tometi.

Organisationen ein, sich ihrem Netzwerk anzuschließen. Dementsprechend schreibt Cullors (2016): »Wir gründeten keine Bewegung, sondern ein Netzwerk«, das bald aus 30 lokalen *Chapters* bestand. Allerdings verbanden sie mit ihrer Vernetzungsinitiative die Hoffnung, dass diese neue Bürgerrechtsbewegung inklusiver gegenüber Frauen, lesbischen, bisexuellen, transgender und queeren Aktivist*innen sein sollte als frühere (Garza 2014; Morris 2021).

Faktisch existiert(e) eine große Heterogenität zwischen den lokalen, mit #BLM assoziierten Gruppen und darüber hinaus. »Viele dieser Aktivist*innen und Gruppen bevorzugen den Protest, misstrauen der konventionellen Politik und haben keinerlei Absicht, irgendeine Kandidat*innen zu unterstützen. Andere haben damit begonnen, sich bei Kandidat*innen und gewählten Politiker*innen für bestimmte Gesetzesvorhaben einzusetzen« (Eligon 2015).²⁹

Trotz vielfacher lokaler und strategischer Divergenzen versammelten sich im August 2015 Vertreter*innen von über 50 Organisationen³⁰ in Cleveland, um gemeinsam eine Plattform zu erarbeiten, die Movement for Black Lives Plattform³¹ (Newkirk 2016).

Die hier entwickelten Forderungen – von öffentlicher Wahlfinanzierung und allgemeiner Gesundheitsversorgung über das Recht zu gewerkschaftlicher Organisierung bis zur Umschichtung staatlicher Mittel weg von Militär- hin zu Sozialausgaben und Reparationszahlungen zum Ausgleich für die Sklaverei – unterscheiden sich auf den ersten Blick kaum von den Forderungen der Democratic Socialists – aber sie evozierten eine völlig andere Reaktion bei Sponsoren, der Demokratischen Partei und sonstigen Philanthro-Kapitalist*innen. Mehr als 50 Geber-Organisationen signalisierten sofort ihre Unterstützung, wobei die Ford Foundation besonders hervorstach. Sie erklärte im Juni 2016, dass sie zusammen mit Social-Change-Stiftungen und Consulting-Firmen einen Black-led Movement Fund gegründet habe (Ford Foundation 2016), über den sie Movement for Black Lives (M4BL) über sechs Jahre mit 100 Millionen US-Dollar unterstützen werde (McGirt 2016). Dieser

29 So wurden bspw. in Vorbereitung auf die 2016er Wahlen zwei politische Aktionskomitees gegründet: Das von einem St. Louis Radio Host initiierte Black Lives Matter Political Action Committee verfolgte den Zweck, progressive Kandidat*innen für Richter- und Staatsanwaltschaften zu unterstützen, während ein von New Yorker Aktivist*innen gegründetes Black Lives Matter Super PAC auf umfangreiche Zuwendungen von Prominenten zielte, um pro-Schwarze Kandidat*innen zu unterstützen (Eligon 2015).

30 Neben #BLM waren eine Reihe weiterer landesweit aktiver Organisationen darunter, wie Black Youth Project 100, Dream Defenders, ColorOfChange.org, Black Civic Engagement Fund, etc. Nicht vertreten war die mit BLM affilierte Organisation *Campaign Zero*, die ebenfalls im August 2015 eine ausschließlich auf Strafrechtsreformen zielende Plattform verabschiedete.

31 Bekannter wurde sie als Vision 4 Black Lives, siehe Fußnote 21.

(durch Borealis Philanthropy verwaltete³²) Fonds verhilft den mit M4BL affiierten Organisationen, ihre Arbeit auf solide Beine zu stellen, Aktivist*innen mit Gehältern auszustatten, eigene organisatorische Strukturen zu konsolidieren und großangelegte Kampagnen zu organisieren. Auf ihren Webseiten erklären die Ford Foundation und Borealis Philanthropy, sie wollten damit »die Infrastruktur, Innovation und Dynamik von intersektionalem, von Schwarzen geführtem Organizing unterstützen«.³³

Was in der Öffentlichkeit nicht so deutlich bzw. gar nicht kommuniziert wird, sind die mit solchen Förderprogrammen verknüpften strategischen Absichten. Aus der langen Geschichte US-amerikanischer progressiver Bewegungen weiß man allerdings, dass die Gelder, die den »nonprofit-industrial complex« am Laufen halten, nicht nur mit hilfreichen Ratschlägen ver-, sondern auch an Bedingungen geknüpft sind (Mayer 1987, 2016). Paul Street, der selbst lange Jahre in Social-Justice-Organisationen gearbeitet hat, weiß von mindestens drei solcher Restriktionen zu berichten: 1) Aufrufe zu »lower and working class solidarity across racial and ethnic lines« haben zu unterbleiben. 2) Die politischen Zielvorstellungen müssen in »Mittelklasse-Sprache« formuliert sein, »die sich an die Programm-Beauftragten der Stiftungen und *policy wonks* der Demokratischen Partei richtet, nicht an die Menschen auf der Straße«. 3) Die Führung geförderter Organisationen soll exklusiv aus Leuten mit College-Abschlüssen, also *professionals* bestehen, die den Gremien der Stiftungen gegenüber verantwortlich sind – nicht etwa gegenüber den *rank & file*-Mitgliedern von Massenorganisation (Street 2017, siehe auch Arena 2019). Das Ergebnis ist auf der Webseite von M4BL (<https://m4bl.org/policy-platforms/>) einsehbar: nicht gerade die Sprache organischer Intellektueller aus den armen Schwarzen Communities, in deren Namen M4BL spricht.

In Reaktion auf die George-Floyd-Unruhen 2020 brach weiterer Geldsegen über Schwarze bzw. anti-rassistische Organisationen herein, binnen weniger Wochen versprachen Konzerne mehr als 2 Milliarden Dollar: Warner, Sony Music und Walmart verpflichteten sich jeweils zu 100-Millionen-US-Dollar-Spenden, Google versprach 175 Millionen US-Dollar – allerdings primär zur Gründung Schwarzer Unternehmen. YouTube kündigte eine 100 Millionen US-Dollar-Initiative an – zur Verstärkung »Schwarzer Medienstimmen«, und Apple gelobte, 100 Millionen US-Dollar für die Schaffung einer eigenen *racial equity and justice*-Initiative einzusetzen. Jeff Bezos versprach 10 Millionen

32 <https://borealisphilanthropy.org/our-funds/#blm>; <https://borealisphilanthropy.org/project/black-led-movement-fund/>.

33 Zum Zweck des Black-Led Movement Fund (BLMF) laut Borealis Philanthropy vgl. <https://www.truthorfiction.com/ford-foundation-donates-100-million-to-black-lives-matter/>.

US-Dollar zur Unterstützung von Social-Justice-Organisationen, konkret: die ACLU Foundation, das Brennan Center for Justice, die Equal Justice Initiative, das Lawyers' Committee for Civil Rights Under Law, die NAACP, die National Bar Association, das National Museum of African American History and Culture, die National Urban League, und den United Negro College Fund (Johnson 2020a, 2020b). All diese ehrwürdigen Organisationen existierten schon lange, bevor Black Lives Matter die Bühne betrat, einige haben wenig oder nichts mit systemischer Polizeigewalt oder den Problemen der US-amerikanischen Strafjustiz zu tun. Es handelt sich auch nicht, jedenfalls in den Augen der Bewegungen-Akteure, um relevante BLM-Organisationen.

Aber im Fokus der meisten dieser Einrichtungen steht die Förderung Schwarzen Lebens, was sich mit dem Fokus von #BLM und M4BL überschneidet. Aus der Diagnose, dass alle Schwarze eine Welt konfrontieren, »where Black lives are systematically and intentionally targeted for demise« (wie es auf der Webseite von BLM heißt³⁴), ergibt sich als politische Strategie nur eine, die den Unterdrückungsformen dieser Gruppe – konzipiert als einheitliches Schwarzes Subjekt – entspricht. Cedric Johnson (2017) hat bereits an historischen Vorläufern solcher »black unity politics« aufgezeigt, dass die Erfolge derartiger (Black-Power)-Bewegungen in den USA ausschließlich den privilegierten Schichten von Afroamerikaner*innen zugute gekommen sind und nichts an den Bedingungen, die rassistische Polizeigewalt produzieren, verändert haben. Ähnlich wie ihre (männlichen, heterosexuellen) Vorgänger in den 1970er Jahren nutzen die heutigen BLM-Anführerinnen die ihnen nun durch soziale Medien und die Massenbewegung zugeschriebene Führungsrolle als Instrument für unternehmerisches Branding und um Stiftungen zu beeindrucken.

Zwischenzeitlich, auch dank der Förderung durch die Ford Foundation, hat BLM sich in drei Einheiten umstrukturiert, die je spezifische Zwecke verfolgen: in das (die nationale Führung umfassende) BLM Global Network (BLMGN), in einen »politischen« Arm: das BLM Political Action Committee (PAC), und in einen »Bewegungs«-Arm: BLM-Grassroots, der die lokalen *Chapters* vor Ort organisatorisch in ihren Aktivitäten unterstützen soll. Diese Umstrukturierungen erfolgten ohne jeden Austausch mit den lokalen Organisationen, die auch keinerlei Mitsprache bei Entscheidungen über die Verwendung der eingeworbenen Finanzmittel hatten.³⁵ Ende November 2020 sagten sich zehn *Chapters*, u.a. Chicago, Boston, San Diego, Washington, D.C.,

34 <https://blacklivesmatter.com/herstory>.

35 Bis Ende Juni 2020 hatte BLMGN mehr als 13 Millionen US-Dollar eingeworben – von lokale Organizer kaum etwas sahen (King 2020).

Vancouver, von BLMGN los. In einem Statement der #BLM10³⁶ protestierten sie öffentlich gegen die Selbsternennung von Patricia Cullors zum *executive director* von BLMGN, gegen die Intransparenz bei der Mittelallokation sowie gegen die politischen Richtungsentscheidungen der Führung: Während sich der lokale Aktivismus noch darauf konzentrierte, lokale Polizeikräfte für deren Gewaltexzesse zur Verantwortung zu ziehen und ihnen Finanzmittel zu entziehen, hatte die Führungsriege des Global Network beschlossen, die Nähe zur Demokratischen Partei zu suchen und dass die Bewegung sich landesweit auf Wähler*innenmobilisierung konzentrieren solle (King 2020; Baraka 2020).

Anfang Februar 2021 wurde eine weitere Austrittserklärung publiziert, von BLM Inland Empire in Kalifornien³⁷, die die Vorwürfe der #BLM10 bestätigte und verstärkte. Diese Gruppe agierte bereits vor BLM als »Black and Brown Underground« und war 2015 von Cullors eingeladen worden, dem »dezentralen und hierarchiefreien« BLM Global Network als Chapter beizutreten. In ihrem Statement beschreibt sie ihre Ernüchterung angesichts der folgenden Erfahrungen mit dem »top-down Global Network«, das darauf hin arbeitete, »eine Graswurzelbewegung zu untergraben, indem sie aus unbezahlter Arbeit Kapital schlagen, jeden internen Versuch der Demokratie unterdrücken, den Tod von Schwarzen vermarkten und just von dem den Schwarzen Communities zugefügten Schmerz und Leid profitieren, für deren Ende wir kämpfen« (ebd.). Die Mitglieder von BLM Inland Empire glaubten, dass mit dem Namen »BLM« ihre Kämpfe geeint werden sollten, mussten aber feststellen, dass er heute dazu benutzt wird, »Produkte zu verkaufen, und Verträge für Bücher, TV-Auftritte und Vorträge zu akquirieren.« Am problematischsten aus der Sicht der Aktivist*innen ist die Verletzung der Absprache, auf die BLMGN sich mit den *Chapters* geeinigt hatte: nämlich, auf jede Form parteipolitischer Unterstützung zu verzichten. Dass BLMGN nun Gelder, die ihnen dank der massiven Aufstände zuflossen, dazu verwendeten, um ein PAC zu gründen und so Teil einer »Democratic Party operation« zu werden, korrumpiere den Kampf der Aktivist*innen (ebd.).

Das Argument, mit dem die Hinwendung zur Parteipolitik und die Notwendigkeit professioneller, gut finanzierter Bewegungsorganisationen zu meist begründet wird, ist, dass anders keine (progressiven) Veränderungen erreicht werden könnten. Im nächsten Teil dieses Aufsatzes werden die neue Biden-Harris-Regierung, ihre ersten Maßnahmen und das Verhältnis zum linken Flügel innerhalb sowie den progressiven Bewegungen außerhalb der Partei im Mittelpunkt stehen. Auf Basis der bislang dargelegten aktuel-

36 <https://www.blmchapterstatement.com>.

37 <https://leftoutmag.com/2021/02/04/breaking/>.

len Entwicklungen in der US-Linken lässt sich resümieren, dass – auf nationaler Ebene – der klassenpolitisch orientierten Linie der Demokratischen Sozialisten eine exklusiv identitätspolitische bzw. auf *black unity* orientierte Linie gegenübersteht. Während die Strategen von DSA darauf abzielen, die Arbeiterklasse (wieder) zum politischen Subjekt zu machen, betonen die Sprecher*innen von BLM die Zentralität rassistischer Unterdrückung, der sie mit der Forderung nach mehr Schwarzem Unternehmertum bzw. nach *Black capitalism* begegnen. Beiden gemeinsam ist, dass sie das zentrale Problem der US-amerikanischen Gesellschaft als eines von Ungerechtigkeit sehen: Macht und Reichtum sind zu ungleich verteilt, viele Kampagnen zielen dementsprechend auf Social Justice, d.h. eine fairere Verteilung der *goods and bads* innerhalb der Gesellschaft. Inzwischen sehen auch führende Konzerne ebenso wie die Führung der Demokratischen Partei, dass die Positionen *innerhalb* der Klassenspaltung durchaus fairer entlang ethnischer und identitärer Merkmale zu verteilen seien – solange die Klassenspaltung selbst nicht angetastet wird.

Literatur

- Arbeter, Susan (2020): WFP's Sochie Nnaemeka Discusses Elections and the Future (3.12.2020). URL: <https://spectrumlocalnews.com>.
- Arena, Jay (2019): Only a class politics can save us from police violence and fascism. In: *New Politics* 17(2): 38-42. URL: <https://newpol.org/>.
- Baird, Addy (2020): There is no Democratic Reckoning Coming over their Election Misses (24.11.2020). URL: <https://www.buzzfeednews.com>.
- Baker, Mike / Eligon, John (2021): They're breaking glass and criticizing Biden. From the Left. In: *New York Times*, 21.1.2021. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Baraka, Ajamu (2020): Will this be the radicalization of Black Lives Matter? (4.12.2020). URL: <https://www.counterpunch.org/>.
- Bauer, Lauren (2020): The Covid crisis has already left too many children hungry in America (6.5.2020). URL: <https://www.brookings.edu/>.
- Berman, Ari (2021): The Insurrection was put down. The GOP Plan for Minority Rule marches on (march/april). URL: <https://www.motherjones.com/>.
- Biden, Joseph (2021): Full transcript of President Biden's address to the nation. In: *Washington Post*, 12.3.2021. URL: <https://www.washingtonpost.com>.
- Blanc, Eric (2019): *Red State Revolt*. London.
- Brookings (2021): Amazon's union battle in Bessemer, Alabama, is about dignity, racial justice, and the future of the American worker (16.3.2021). URL: <https://www.brookings.edu>.
- Buchanan, Larry / Bui, Quoc Trung / Patel, Jugal K. (2020): Black Lives Matter may be the Largest Movement in U.S. History. In: *New York Times*, 3.7.2020.
- Cass, Oren (2021): The Rise of Wall Street and the Fall of American Investment (25.3.2021). URL: <https://americancompass.org/>.
- Charles, Justin, James, Maikiko, Midiri, Natalie (2021): DSA after Trump. In: *Socialist Forum* (Winter). URL: <https://socialistforum.dsausa.org/>.
- Cochrane, Emily (2019): Justice Democrats helped make Ocasio-Cortez. They're already eying their next targets. In: *New York Times*, 23.2.2019.

- Collins, Chuck (2021): A Year of Billionaire Pandemic Gains. Institute for Policy Studies (23.3.2021). URL: <https://ips-dc.org/>.
- Cullors-Brignac, Patrice Marie (2016) We Didn't Start a Movement. We Started a Network (22.2.2016). URL: <https://medium.com>.
- Day, Elisabeth (2020): #BlackLivesMatter: The birth of a new civil rights movement. In: The Guardian, 19.7.2020. URL: <https://www.theguardian.com/>.
- Day, Meagan / Uetricht, Micah (2020): Bigger than Bernie. How we go from the Sanders campaign to Democratic Socialism. London.
- Eligon, John (2015): One Slogan, Many Methods: Black Lives Matter Enters Politics. In: The New York Times, 18.11.2015. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Ford Foundation (Kelly-Green, Brook / Yasui, Luna) (2016): Why Black Lives matter to philanthropy (19.7.2016). URL: <https://www.fordfoundation.org/>.
- Gardner, Amy / Rabinowitz, Kate / Stevens, Harry (2021): How GOP-backed voting measures could create hurdles for tens of millions of voters. In: Washington Post, 11.3.2021. URL: <https://www.washingtonpost.com/>.
- Gardner, Amy / Wang, Amy B. (2021): Georgia governor signs into law sweeping voting bill that curtails the use of drop boxes and imposes new ID requirements for mail voting. In: Washington Post, 25.3.2021. URL: <https://www.washingtonpost.com/>.
- Garza, Alicia (2014): A Herstory of the #BlackLivesMatter Movement. In: The Feminist Wire (7.10.2014). URL: <https://thefeministwire.com/>.
- Grim, Ryan (2020): Populism versus the Consulting Class, Deconstructed (13.11.2020). URL: <https://theintercept.com/>.
- (2021): Could the ›For the People Act‹ save American Democracy, Deconstructed (1.2.2021). URL: <https://theintercept.com>.
 - / Lacy, Akela (2020): Biden wins, but now the hard part begins (6.11.2020) URL: <https://theintercept.com/>.
- Guastella, Dustin (2021): Everybody hates the Democrats. In: Jacobin 40: 119-125.
- Han, Jeehon / Meyer, Bruce D. / Sullivan, James X. (2020): Income and poverty in the Covid-19 pandemic (25.6.2020). URL: <https://www.brookings.edu/>.
- Hogseth, Bill (2020): Why Democrats keep losing rural counties like mine. In: Politico, 1.12.2020. URL: <https://www.politico.com/>.
- Irwin, Neil (2021): The most important thing Biden can learn from the Trump economy. In: New York Times, 11.1.2021. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Jäger, Anton / Borriello, Arthur (2021): Trumpism after Trump. In: Jacobin 40: 68-77.
- Johnson, Cedric (2017): The Panthers can't save us now. In: Catalyst 1(1): 56-85. URL: <https://catalyst-journal.com/>.
- (2020a): The Triumph of Black Lives Matter and Neoliberal Redemption (9.6.2020). URL: <https://nonsite.org/>.
 - (2020b): Don't let Blackwashing save the investor class (24.6.2020). URL: <https://jacobin-mag.com/>.
- Johnson, Jake (2021): Progressive Takeover of Nevada Democratic Party sparks 'mass exodus' of staff and consultants (9.3.2021). URL: <https://www.alternet.org/>.
- Judis, John (2020): The Socialist Awakening. New York.
- Karp, Matt (2020): Der fünfjährige Kampf von Bernie Sanders. URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de>.
- (2021): The politics of a second Gilded Age. In: Jacobin 40: 95-105.
- Kelley, Robin G. (2016): What does Black Lives Matter Want? In: Boston Review, 17.8.2021. URL: <http://bostonreview.net>.
- (2020): The Rebellion against Racial Capitalism (24.6.2020). URL: <https://theintercept.com/>.
 - (2021): Amazon Union Drive builds on decades of black radical labor activism in Alabama (29.3.2021). URL: <https://www.democracynow.org/>.

- King, Maya (2020): Black Lives Matter power grab sets off internal revolt (10.12.2020). URL: <https://www.politico.com/>.
- Klein, Naomi (2020): How the Transformative Power of Solidarity will beat Trump (22.12.2020). URL: <https://theintercept.com/>.
- Kunkel, Benjamin (2021): Great Grievs: Notes on the US Election (10.3.2021). URL: <https://salvage.zone/>.
- Lacy, Akela / Grim, Ryan (2021): Entire Staff of Nevada Democratic Party quits after Democratic Socialist Slate won every seat (9.3.2021). URL: <https://theintercept.com/>.
- Maisano, Chris (2021): A Left that matters (Winter). URL: <https://socialistforum.dsausa.org/>.
- Mason, Jason W. (2021): The American Rescue Plan as Economic Theory (15.3.2021). URL: <https://jwmason.org/>.
- Mayer, Margit (1987): Städtische Bewegungen in USA: Gegenmacht und Inkorporierung. In: PROKLA 68 17(3): 73-89. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v17i68.1331>.
- (2016): Soziale Bewegungen in den USA: Zwischen kommunitärer Solidarität und Gleichheitsversprechen des Amerikanischen Traums. In: Lammert, Christian / Siewert, Markus / Vormann, Boris (Hg.): Handbuch Politik USA. Wiesbaden: 305-323. DOI: https://www.doi.org/10.1007/978-3-658-02642-4_19
 - (2020): Wie verstehen wir die 2020 Wahl in den USA? (19.11.2020). URL: <http://links-netz.de/>.
 - (2021a): Amerikas Progressive Bewegungen angesichts von Pandemie und rassistischer Polizeigewalt. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34(1): 76-102. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0006>
 - (2021b): Deep Divides: The Fault Lines Actually Disrupting American Democracy. In: American Studies (Special Issue) 66(1): 155-161. DOI: <https://doi.org/10.33675/AMST/2021/1/25>
- McAlevy, Jane (2021): Blowout in Bessemer: A Postmortem on the Amazon Campaign. In: The Nation, 9.4.2021. URL: <https://www.thenation.com/>.
- McGirt, Ellen (2016): Who is funding Black Lives Matter? (9.8.2016). In: Fortune Magazine, 9.8.2016. URL: <https://fortune.com/>.
- Morris, Aldon (2021): From Civil Rights to Black Lives Matter. In: Scientific America, 3.2.2021. URL: <https://www.scientificamerican.com>.
- Mystal, Elie (2021): Can Biden fix the courts that Trump broke? In: The Nation, 7.4.2021. URL: <https://www.thenation.com>.
- Neel, Phil A. (2018): Hinterland. America's New Landscape of Class and Conflict. London.
- Newkirk II, Vann R. (2016): The permanence of Black Lives Matter. In: The Atlantic, 3.8.2016. URL: <https://www.theatlantic.com/>.
- Price, Carter C./Edwards, Kathryn A. (2020): Trends in Income from 1975 to 2018. RAND Corporation. URL: <https://www.rand.org/>.
- Riley, Dylan (2020): Fault Lines. Political Logics of the US Party System. In: New Left Review 126. URL: <https://newleftreview.org/>.
- Signer, David (2021): Hunger in Amerika: Einst waren sie Ärzte oder Elektrotechniker, heute stehen sie für eine kostenlose Mahlzeit an, In: Neue Züricher Zeitung, 7.4.2021. URL: <https://www.nzz.ch/>.
- Sirota, David (2020): Before the dust has settled, Corporate Democrats are already attacking AOC and the Left (8.11.2020). URL: <https://www.jacobinmag.com/>.
- Street, Paul (2017): What would the Black Panthers think of Black Lives Matter? (29.10.2017). URL: <https://www.truthdig.com/>.
- Streitfeld, David (2021): How Amazon crushes unions. In: New York Times, 16.3.2021. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Swasey, Benjamin / Hanzhang Jin, Connie (2020): Narrow Wins in these Key States Powered Biden to the Presidency«, NPR, 2.12.2020, <https://www.npr.org/>.